



Gerechtigkeitscheck: Wie fair findet Österreich die Verteilung von Ein- kommen und Vermögen?

Neue Erkenntnisse aus dem
European Social Survey (ESS)



Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Ein Titeldatensatz für diese Publikation ist bei
der Deutschen Bibliothek erhältlich.

ISBN 978-3-7063-0832-8

© Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien
A-1041 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20-22, Tel: (01) 501 65, DW 12283

Materialien zu Wirtschaft
und Gesellschaft Nr. 201
Working Paper-Reihe der AK Wien

Herausgegeben von der Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik
der Kammer für Arbeiter und Angestellte

Gerechtigkeitscheck: Wie fair findet Österreich die Verteilung von Einkommen und Vermögen?

Neue Erkenntnisse aus dem
European Social Survey (ESS)

Julia Hofmann, Markus Marterbauer, Matthias Schnetzer

Oktober 2020

Factbox

Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse

- **Verteilung auf Basis des Leistungs- bzw. des Bedarfsprinzips findet breite Zustimmung:** Neun von zehn bzw. acht von zehn ÖsterreicherInnen halten diese Verteilungsprinzipien für gerecht. Eine knappe Mehrheit stimmt auch dem Gleichheitsprinzip zu, das im unteren Einkommensbereich zu 60% und im oberen zu 40% geteilt wird. Hingegen wird das Statusprinzip über alle Einkommensgruppen klar abgelehnt.
- **Auf Basis dieser grundlegenden Einstellungen wird die Vermögensverteilung in Österreich mit großer Mehrheit als ungerecht bewertet:** Drei Viertel der Befragten teilen diese Einschätzung, das ist deutlich mehr als im EU-Schnitt. Auch zwei Drittel der Befragten des obersten Einkommensfünftels sehen die hohe Ungleichheit in der Verteilung der Vermögen als ungerecht an (vier Fünftel im unteren Einkommenssegment).
- **Niedrige Einkommen** werden in Österreich von mehr als 80% der Befragten als zu niedrig erachtet, in der Beurteilung gibt es kaum einen Unterschied zwischen BezieherInnen hoher und niedriger Einkommen. Für zwei Drittel der Befragten sind hohe Einkommen ungerechtfertigt hoch. Diese Einschätzung teilen 74% im unteren Einkommensfünftel und immer noch 43% im oberen Fünftel.
- **Das eigene Einkommen** wird von der Hälfte der Befragten als fair, von rund 40% allerdings als zu gering erachtet.
- **Die Einstellung zu den Gerechtigkeitsprinzipien** kollidiert in Österreich beim Vermögen und auch beim Einkommen mit der Einschätzung der tatsächlichen Verteilung. Diese Diskrepanz führt zu Enttäuschungen und gefährdet Demokratie und sozialen Zusammenhalt.
- **Wichtige Ansatzpunkte für eine gerechtere Verteilung** bestehen in der Besteuerung hoher Vermögen sowie hoher Vermögens- und ManagerInneneinkommen, in der Stärkung der kollektivvertraglichen Mindestlohnpolitik und der Verbesserungen der Arbeitsbedingungen vor allem auch in den in der Covid-Krise neuerlich sichtbar gewordenen systemrelevanten Bereichen sowie im Ausbau sozialer Dienstleistungen.

Einleitung

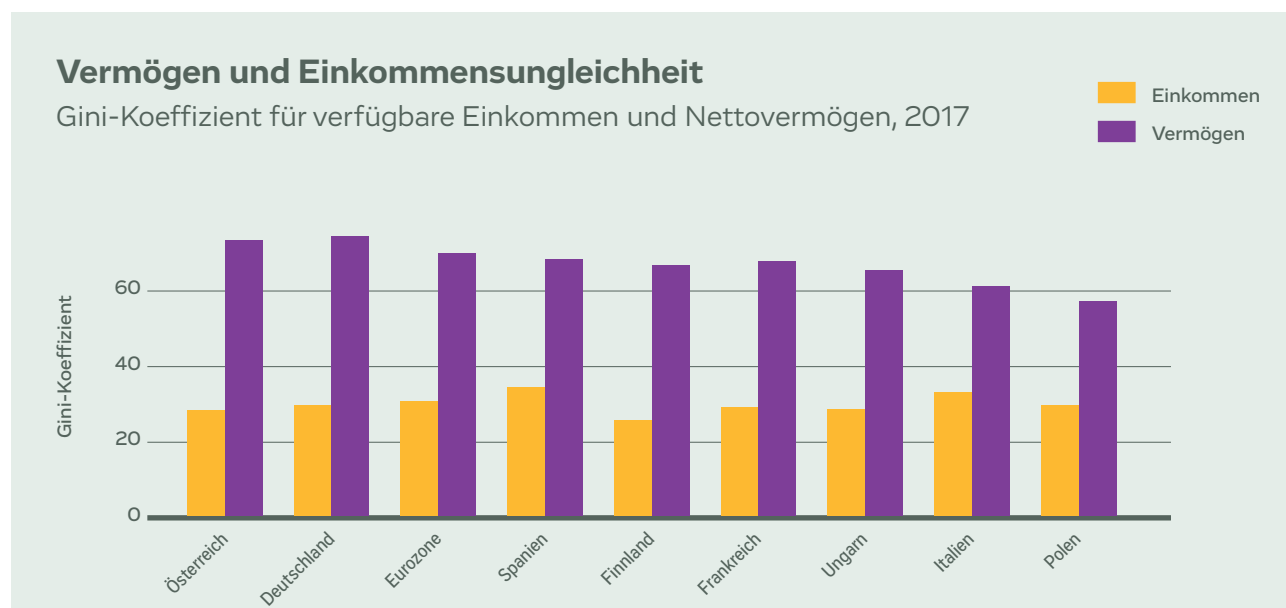
Nach mehreren Jahrzehnten mit einem Trend zu mehr sozialem Ausgleich tendiert die Verteilung von Einkommen und Vermögen in den Industrieländern seit den 1980er Jahren zu mehr Ungleichheit. Dies steht mit einem grundlegenden Politikwechsel in Zusammenhang, der die wirtschaftspolitischen Ziele der Preisstabilität und Budgetkonsolidierung gegenüber jenen der Vollbeschäftigung und Verteilungsgerechtigkeit priorisierte und durch Schritte der Deregulierung und Privatisierung gekennzeichnet war. In Österreich fand dieser Politikwechsel zeitverzögert statt und fiel vergleichsweise verhalten aus. Dennoch ist seit Beginn der 1980er Jahre auch bei uns die Lohnquote gesunken und die Spreizung zwischen hohen und niedrigen Einkommen hat merklich zugenommen. Dies ist wesentlich durch den markanten Anstieg von Arbeitslosigkeit und prekärer Erwerbstätigkeit begründet (Guger/Marterbauer 2007, Gerhartinger et al. 2018).

Der hohe kollektivvertragliche Abdeckungsgrad hat hingegen die Verteilung der Bruttoeinkommen stabilisiert. Der im europäischen Vergleich gut ausgestattete und umfassende Sozialstaat, der in diesem Zeitraum um einige Elemente erweitert wurde (etwa um die Mindestsicherung und das Pflegegeld), hat die Tendenz zur Ungleichheit lange Zeit auch weitgehend korrigiert. Die Verteilung der Bruttoeinkommen ist also merklich ungleicher als die Verteilung der verfügbaren Einkommen nach sozialstaatlicher Umverteilung durch Steuern und Transfers (Rocha-Akis et al. 2019).

Im Unterschied zu den Einkommen kann über die längerfristige Entwicklung der Verteilung des privaten Haushaltsvermögens nichts Substantielles gesagt werden, da belastbare Daten erst für die 2010er Jahre im Rahmen des Household Finance and Consumption Survey der Europäischen Zentralbank vorliegen (hfcs.at). Doch der internationale Trend zu zunehmender Ungleichheit beim Vermögen dürfte auch an Österreich nicht spurlos vorbeigegangen sein. Während die Verteilung der Einkommen relativ egalitär ist, weist Österreich eine sehr hohe Konzentration des Vermögensbesitzes auf und zählt damit sogar zu den Ländern mit der höchsten Vermögensungleichheit (Abbildung 1).

ABBILDUNG 1

Die Vermögen sind deutlich ungleicher verteilt als die Einkommen. In Österreich sind Vermögen besonders stark konzentriert.

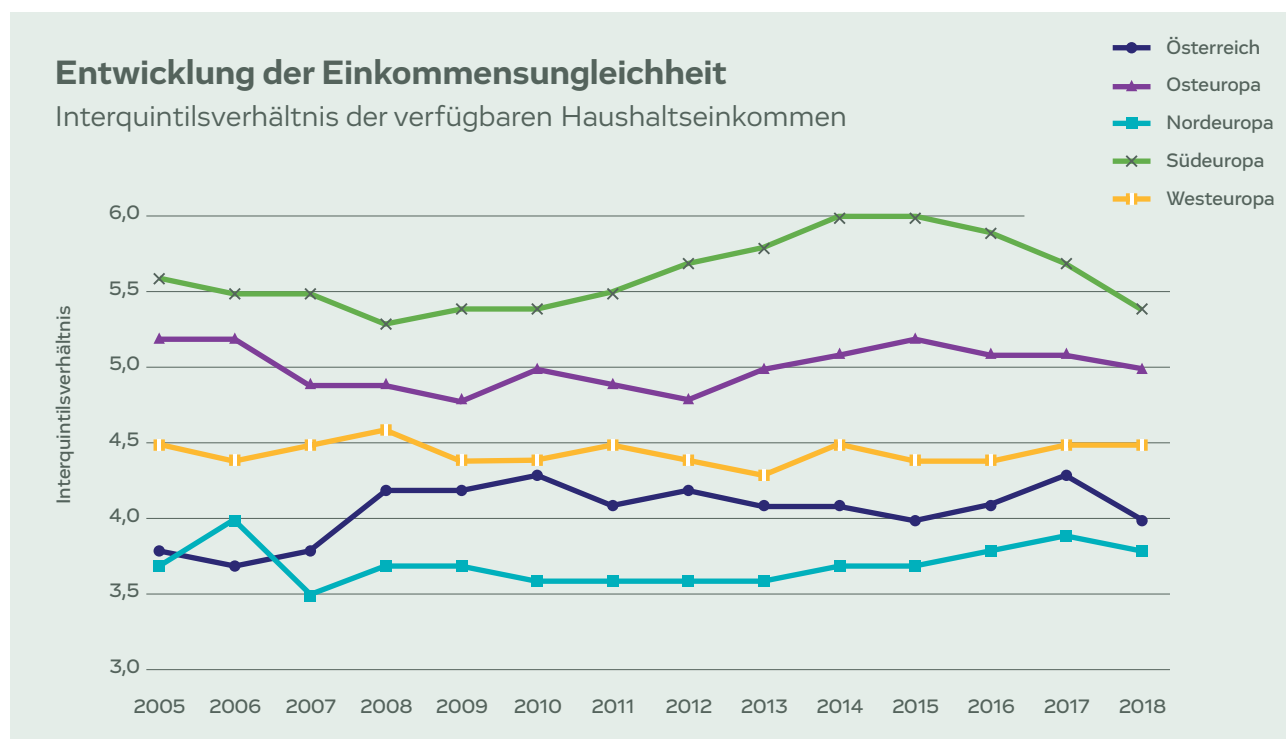


Diese ist mit ungleicher Verteilung von Macht und damit Gefahren für wirtschaftliche Entwicklung, sozialen Zusammenhalt und Demokratie verbunden und wird in jüngsten Jahren auch auf politischer Ebene zunehmend problematisiert (Rehm/Schnetzer 2015a,b, Weiss/Hofmann 2016).

Wirtschaftliche Krisen haben sich oft als Motor zunehmender Ungleichheit erwiesen. Zwar steigt in der Rezession aufgrund von Gewinneinbrüchen kurzfristig die Lohnquote an, doch die krisenbedingte Zunahme von Arbeitslosigkeit und prekärer Beschäftigung sowie die darauffolgenden Finanzierungsschwierigkeiten des Sozialstaates bedingen mittelfristig oft eine Zunahme der Verteilungsunterschiede. Beschäftigungseinbruch in und Sozialkürzungen nach der Finanz- und Wirtschaftskrise ab 2008 haben in vielen, vor allem südlichen EU-Ländern die Ungleichheit des verfügbaren Haushaltseinkommens markant erhöht. In Österreich hat sich die Einkommensverteilung seit der Krise kaum verändert. Die Ungleichheit beim verfügbaren Haushaltseinkommen ist in Österreich deutlich niedriger als in Europas Westen, Süden oder Osten, allerdings etwas höher als in Nordeuropa (Abbildung 2). Die Covid19-Krise könnte jedoch zu einer Zunahme der Ungleichheit führen, vor allem wegen des drastischen Anstiegs der Arbeitslosigkeit, der sich zu verfestigen droht, und der wirtschaftlichen Schwierigkeiten vieler Kleinunternehmen, die in Konkurs zu gehen drohen, aber auch wegen möglicher langfristiger Folgen der Beeinträchtigung von Bildungs- und Erwerbchancen ökonomisch schlechter gestellter Kinder und Jugendlicher im Zuge der Krise.

Die Ungleichheit in der Verteilung von Vermögen und Einkommen wird in Wissenschaft und Gesellschaft intensiv diskutiert (für Österreich siehe unter anderem: Dimmel et al. 2017, Fessler/Schürz 2018, Altzinger et al. 2017) doch wird sie auch als ungerecht wahrgenommen? Diese Frage ist sowohl für individuelles Verhalten als auch für politische Schlussfolgerungen von hoher Relevanz. So zeigen Forschungsergebnisse, dass soziale Ungleichheiten im Allgemeinen und Einkommensungleichheiten im Speziellen eigentlich in den europäischen

ABBILDUNG 2
Die Ungleichheit beim verfügbaren Haushaltseinkommen ist in Österreich niedriger als in den meisten Regionen Europas.



Ländern akzeptiert werden. Das Ausmaß und die konkreten Formen von Ungleichheit sowie die Voraussetzungen, unter denen diese als legitim – also als „gerecht“ – verstanden wird, sind jedoch höchst umstritten (Becker/Hajdar 2011, Hadjar 2008).

Ob und welche Ungleichheiten als gerecht oder ungerecht angesehen werden, hängt stark davon ab, wie man die Welt sieht, das heißt, mit welchen Normen und Werten man auf Fragen der Ungleichheit blickt. In der Gerechtigkeitsforschung unterscheidet man im Allgemeinen vier Prinzipien, nach denen eine Verteilung als gerecht oder ungerecht bewertet werden kann: das Leistungs-, das Bedarfs-, das Gleichheits- und das Statusprinzip (Hülle et al. 2018, Adriaans et al. 2019).

Die vier Gerechtigkeitsprinzipien im European Social Survey



Leistungsprinzip: „Eine Gesellschaft ist gerecht, wenn hart arbeitende Menschen mehr verdienen als andere.“



Bedarfsprinzip: „Eine Gesellschaft ist gerecht, wenn sie sich um Arme und Bedürftige kümmert, unabhängig davon, was diese der Gesellschaft zurückgeben.“



Gleichheitsprinzip: „Eine Gesellschaft ist gerecht, wenn Einkommen und Vermögen gleichmäßig auf alle Menschen verteilt sind.“



Statusprinzip: „Eine Gesellschaft ist gerecht, wenn Menschen aus Familien mit hoher gesellschaftlicher Stellung Privilegien in ihrem Leben genießen können.“

Zwar ist das Leistungsprinzip mehr oder weniger die „Grundnorm“ aller meritokratischen Gesellschaften. Allerdings finden sich stets Elemente dieser vier Prinzipien in allen modernen Gesellschaften, sie werden nur unterschiedlich stark betont. Konkrete Ausgestaltungsformen dieser Gerechtigkeitsprinzipien findet man etwa in den verschiedenen Elementen des Wohlfahrtsstaates (Esping-Andersen 1990): Die Versicherungselemente (Pensionen, Arbeitslosigkeit) betonen das Leistungsprinzip – Beiträge und Leistungen hängen vom Einkommen ab. Alle Elemente der Sozialhilfe und Mindestsicherung folgen dem Bedarfsprinzip. Die sozialstaatlichen Dienstleistungen (Gesundheit, Kindergärten, Pflegeleistungen, im weiteren Sinne auch Bildung und sozialer Wohnbau) betonen das Gleichheitsprinzip. Das Statusprinzip, das einzelnen Familien aufgrund ihrer gesellschaftlichen Position Privilegien sichert, wird in der Wohlfahrtsstaatstheorie zwar nicht gestützt, spielt in der politischen Praxis aber eine wichtige Rolle.

Diese Mischung von Prinzipien findet sich folglich auch in den Einstellungen der Menschen: Es gibt im Allgemeinen wenige Personen, die nur ein Prinzip befürworten und die anderen drei Prinzipien klar ablehnen. Meist werden mehrere Prinzipien in unterschiedlichem Ausmaß unterstützt.

Empirisch kann Fragen der Bewertung von Ungleichheiten und der subjektiven Gerechtigkeit mithilfe des European Social Survey (ESS) nachgegangen werden (für Deutschland im EU-Vergleich bereits exzellent zusammengefasst von Adriaans et al. 2019). Die Daten des ESS sind insofern von besonderer Relevanz, da sie nicht nur die Bewertung von Einkommens-, sondern auch von Vermögensungleichheit erheben (siehe auch die Informationen zum ESS und zur Methode in den Infoboxen). Während die Bewertung von Einkommensungleichheiten gut erforscht ist, gibt es zur Akzeptanz von Vermögensungleichheiten bislang nur wenig wissenschaftliche Untersuchungen. Zudem erhebt der ESS normative Fragen zu den als gerechtfertigt erachteten Prinzipien der Verteilung.

Der European Social Survey (ESS)

Der European Social Survey (ESS) ist eine repräsentative, alle zwei Jahre durchgeführte Haushaltserhebung mit Schwerpunkt auf soziale und politische Einstellungen in der Bevölkerung. Die in den Jahren 2018 und 2019 durchgeführte neunte Welle des ESS umfasst Daten für 27 europäische Länder und enthält eine Reihe an Fragen über das Gerechtigkeitsempfinden der befragten Personen. Insgesamt wurden über 47.000 Personen über 15 Jahren für die Erhebung befragt, davon rund 2.500 Menschen in Österreich. In dieser Arbeit wurden die von ESS bereitgestellten Poststratifizierungsgewichte sowie die Bevölkerungsgewichte für Länderdurchschnitte herangezogen, um repräsentative Aussagen für die Gesamtbevölkerung treffen zu können.

Für Österreich liegen bislang nur wenige Auswertungen zur Bewertung von Vermögensungleichheiten vor (auf Basis des HFCS siehe: Melchior/Schürz 2015, Weiss/Hofmann 2016). Diese zeigen, dass die Einstellungen zu Reichtum und seinen gesellschaftlichen Folgen in der österreichischen Bevölkerung höchst ambivalent sind. Zwar wird große Kritik an den gesellschaftlichen Folgen von „zu großem Reichtum“ geübt: Den Aussagen „Zu großer Reichtum einiger weniger führt zu Problemen in der Gesellschaft“ bzw. „Reiche Menschen genießen im Leben Vorteile, die ungerechtfertigt sind“ wird etwa überwiegend zugestimmt. Gleichzeitig werden die Entstehungsbedingungen von Reichtum aber interessanterweise mehrheitlich über das Leistungsprinzip legitimiert („Reich wird man durch eigene Leistung“). Daneben wird aber auch das Statusprinzip, in Form struktureller Privilegien durch Erben und Netzwerken als Erklärung herangezogen. Knapp die Hälfte der Befragten argumentiert scheinbar „ideologisch inkonsistent“. Das heißt, der Glaube an das Leistungsprinzip als Entstehungsbedingung von Reichtum erscheint ihnen kaum als Widerspruch zur sozialen Problematik „zu großen“ Reichtums in einer Gesellschaft.

Wie bewerten ÖsterreicherInnen die Einkommens- und Vermögensverteilung?

Ausgangspunkt für die subjektive Bewertung der Gerechtigkeit der Einkommensverteilung bilden im ESS die Bruttoeinkommen der Vollzeitbeschäftigten, über deren Höhe im jeweiligen Land die Befragten informiert wurden. Sie sollten daraufhin beurteilen, für wie gerecht sie diese an den Rändern der Verteilung, also im untersten und im obersten Zehntel halten. Das Einkommen der untersten 10% liegt im ESS in Österreich bei unter 900 Euro

Die Daten des ESS erheben die Gerechtigkeitsbewertung der ÖsterreicherInnen zu Einkommens- und Vermögensunterschieden.

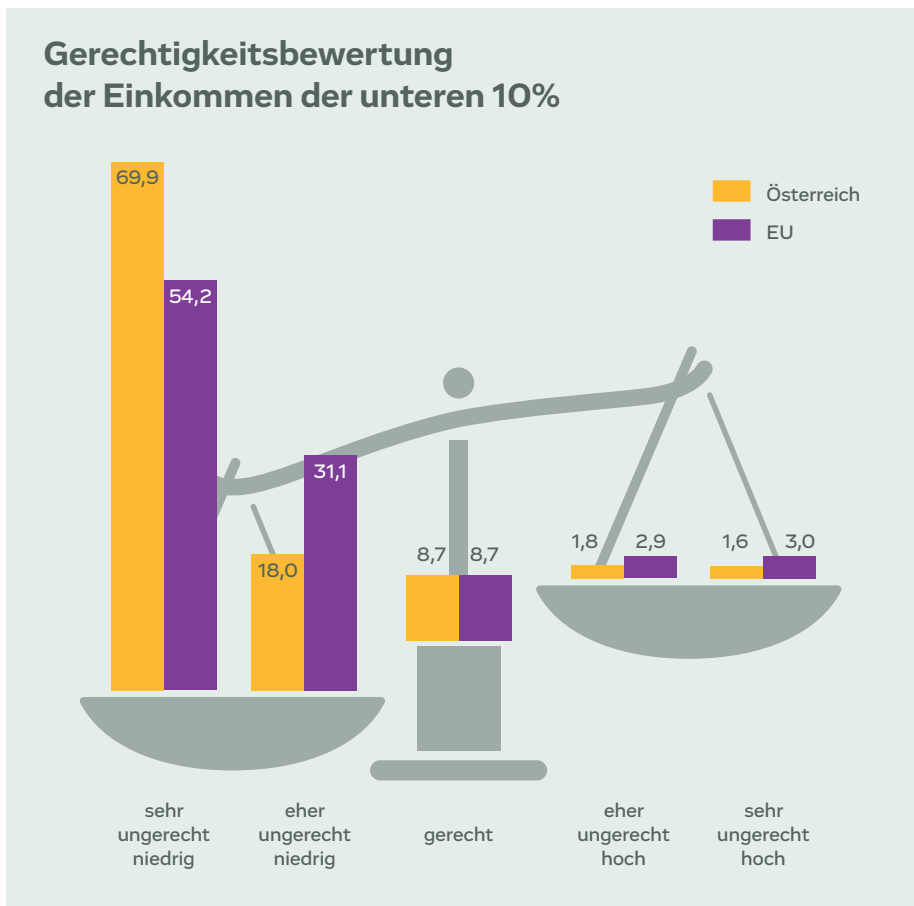


ABBILDUNG 3
Fast 70% der Befragten halten kleine Einkommen für sehr ungerecht niedrig. Nur rund 9% finden diese Einkommen gerecht.

pro Monat. Diese Einkommensinformationen beruhen auf der Haushaltserhebung EU-SILC 2017 und einer gemeinsamen Betrachtung der Einkommen von unselbständig Beschäftigten und selbständig Erwerbstätigen. Hierbei bestehen viele Unschärfen: Die niedrige Einkommenshöhe von 900 Euro könnte aus dem Unterschied in der zeitlichen Feststellung der Arbeitszeit (aktuell) und des Einkommens (Vorjahr) entstehen, die Einbeziehung von Lehrlingen dürfte ebenso eine Rolle spielen, wie die niedrigen Angaben bei Selbständigeneinkommen. Die mit diesen statistischen Unsicherheiten behaftete Einkommenshöhe liegt jedenfalls deutlich unter den in nahezu allen Kollektivverträgen festgeschriebenen 1.500 Euro Bruttogehalt für Vollzeitbeschäftigte.

Dementsprechend wird diese Höhe daher auch von fast allen Befragten als ungerecht eingeschätzt: 70% halten sie für sehr ungerecht niedrig, weitere 18% für eher ungerecht niedrig. Kaum jemand hält die Einkommen für zu hoch (3%) oder für gerecht (9%) (Abbildung 3).

In der Beurteilung der Einkommen des untersten Zehntels als ungerecht gibt es kaum Unterschiede nach Einkommensgruppen. Im obersten Einkommensfünftel halten sogar 87% der Befragten die Einkommen ganz unten für zu niedrig (unterstes Fünftel 83%). Als gerecht beurteilt sie – weder oben, noch unten – kaum jemand. Die negative Beurteilung fällt in Österreich noch stärker aus als im Durchschnitt der EU (54% halten die Höhe des Einkommens im untersten Zehntel für sehr ungerecht). Die angegebene Höhe der Einkommen im unteren Bereich wird also von einer breiten Mehrheit der Befragten für zu niedrig gehalten – gelten hohe Einkommen auch allgemein als zu hoch?

Die Einkommen des obersten Zehntels halten die ÖsterreicherInnen größtenteils für ungerecht. Zwei Drittel der Befragten finden diese sehr (31%) oder eher (36%) ungerecht hoch.

Methode: Fragen zu Gerechtigkeit im ESS

Das Gerechtigkeitsempfinden der Bevölkerung im Hinblick auf die Einkommens- und Vermögensverteilung wurde in einer neunstufigen Skala abgefragt. Das betrifft die Fragen, wie gerecht das eigene Einkommen, das Einkommen der untersten und obersten 10% der Vollzeitbeschäftigten, sowie die Vermögensunterschiede empfunden werden. Die möglichen Antworten reichten von -4 (extrem ungerecht niedrig) bis +4 (extrem ungerecht hoch). In unseren Auswertungen haben wir die Stufen „extrem“ und „sehr“ zu „sehr ungerecht“, sowie die Stufen „etwas“ und „ein wenig“ zu „eher ungerecht“ zusammengefasst.

Die vier Gerechtigkeitsprinzipien wurden mittels einer fünfstufigen Skala abgefragt. Dabei wird die Zustimmung zu unterschiedlichen Aussagen in fünf Kategorien erfragt, die von starker Zustimmung bis zu starker Ablehnung reichen. In dieser Arbeit werden die beiden Antworten „stimme stark zu“ und „stimme zu“ gemeinsam als Zustimmung ausgewertet.

Auch die Einkommen des obersten Zehntels halten die ÖsterreicherInnen durchaus für ungerecht. Das oberste Zehntel der Einkommensverteilung beginnt im ESS bei 5.400 Euro brutto. Zwei Drittel der Befragten halten diese Summe für sehr (31%) oder eher ungerecht hoch (36%). Nur 6% der Befragten halten die Einkommen für ungerecht zu niedrig (Abbildung 4). Gut ein Viertel der Befragten hält die Einkommen im obersten Zehntel und damit die bestehende Ungleichheit für gerecht. Die negative Beurteilung der Ungleichheit fällt in Österreich auch im obersten Einkommensbereich deutlich höher aus als im Durchschnitt der EU, wo das Einkommen des obersten Zehntels von 46% für ungerecht hoch empfunden wird.

Gerechtigkeitsbewertung der Einkommen der obersten 10%

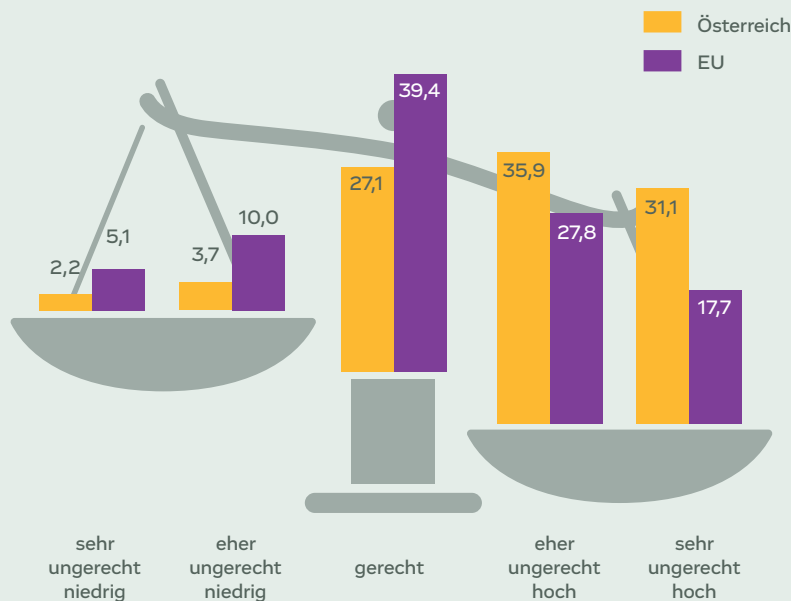


ABBILDUNG 4
Rund zwei Drittel der Befragten halten die Einkommen des obersten Zehntels als ungerecht hoch.

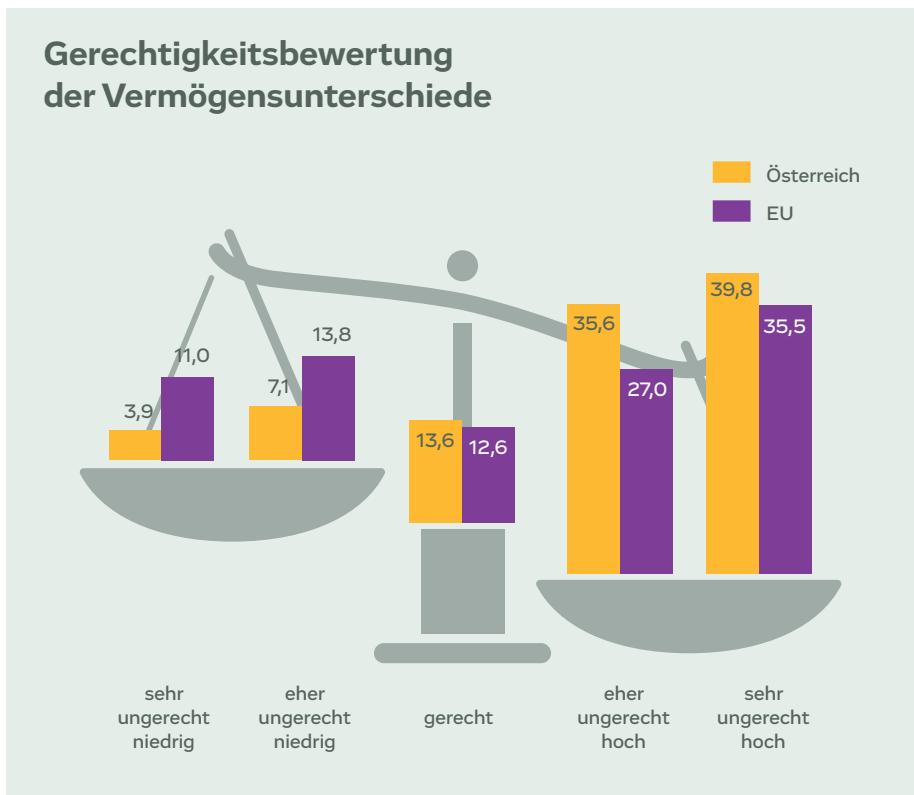


ABBILDUNG 5
Die ÖsterreicherInnen halten die Vermögensungleichheit für ungerecht hoch. Nur wenige finden die Vermögen gerecht verteilt.

Doch im Gegensatz zur Beurteilung der niedrigen Einkommen differiert die Beurteilung der hohen Einkommen nach Einkommensgruppen: Während im unteren Fünftel 21% die Einkommen des obersten Zehntels für gerecht halten, sind es im obersten Fünftel bereits 51%. Für ungerecht niedrig hält die Einkommen des obersten Zehntels nahezu niemand, weder unten, noch oben in der Verteilung. Hingegen beurteilen 74% der Befragten des unteren Fünftels die Einkommen des obersten Zehntels als ungerecht hoch, im oberen Fünftel trifft dies – immer noch – auf 43% zu. Im Gegensatz zur Bewertung von niedrigen Einkommen, beeinflusst die eigene Position auf der sozialen Leiter also die Bewertung von hohen Einkommen.

Wird die Verteilung der Einkommen am unteren und oberen Rand von der Bevölkerung bereits als sehr ungerecht empfunden, so steigert sich diese Beurteilung noch deutlich beim Vermögen. Drei Viertel der Befragten halten in Österreich die Vermögensverteilung für ungerecht, wieder deutlich mehr als im EU-Durchschnitt (62%). Für 13% ist die Ungleichheit gerecht, aber nur 11% halten sie für zu gering (Abbildung 5). Besonders interessant ist, dass die Ungleichheit der Vermögensverteilung auch von den BezieherInnen höherer Einkommen als ungerecht beurteilt wird: Dies trifft auf 66% des obersten Einkommensfünftels zu (79% des untersten Einkommensfünftels). Für gerecht halten die Vermögenskonzentration 26% des obersten und 13% des untersten Einkommensfünftels. Auch die Vermögensverteilung wird also von einer sehr breiten gesellschaftlichen Mehrheit in Österreich für ungerecht gehalten. Diese Einschätzung deckt sich mit der tatsächlichen Messung von Vermögensungleichheit, die in Österreich auch deutlich höher ausfällt als in anderen europäischen Staaten (Abbildung 1).

Drei Viertel der Befragten halten in Österreich die Vermögensverteilung für ungerecht – deutlich mehr als im EU-Durchschnitt (62%).

Ist das eigene Einkommen gerecht?

Die eigene Einkommenssituation bewertet rund die Hälfte der Befragten positiv. Rund 56% der ÖsterreicherInnen haben das Gefühl, fair bezahlt zu werden. Allerdings fühlen sich auch 41% ungerechterweise zu schlecht bezahlt. Demgegenüber fühlt sich kaum jemand ungerechterweise zu gut bezahlt (3%) (Abbildung 6). 43% der Befragten in Österreich sind weiters der Ansicht, dass Menschen, die einen ähnlichen Job wie sie selbst machen, fair bezahlt werden, für rund 38% werden diese zu gering bezahlt. Vergleicht man diese Werte mit dem EU-Schnitt, so zeigt sich, dass die Befragten in Österreich sich eher gerecht bezahlt fühlen: Im EU-Schnitt sind es nämlich nur knapp 44%, die sich fair und rund 51%, die sich ungerechterweise zu niedrig bezahlt fühlen.

Dieses im EU-Vergleich gute Ergebnis ist mit Blick auf die objektive Einkommensverteilung in Österreich durchaus nachvollziehbar: Dank hoher Produktivität, kollektivvertraglicher Lohnpolitik und einem gut ausgebauten Sozialstaat weist Österreich im EU-Vergleich mit rund 23.200€ ein relativ hohes kaufkraftbereinigtes Median-Netto-Einkommen pro Kopf auf. In Ländern des Südens, wie etwa in Italien liegt dieses nur bei rund 16.700€. In Osteuropa ist es mit bspw. 8.600€ in Ungarn noch niedriger (Daten von Eurostat). Dementsprechend empfinden in Ungarn daher auch nur rund 18% und in Italien nur rund 29% ihr Einkommen als fair.

Dazu kommt wohl auch die in Österreich höhere subjektive Wahrnehmung, eine faire Chance auf einen Job gehabt zu haben, den man wirklich ausüben wollte: Während EU-weit dies nur 18% so sehen, sind es in Österreich mehr als

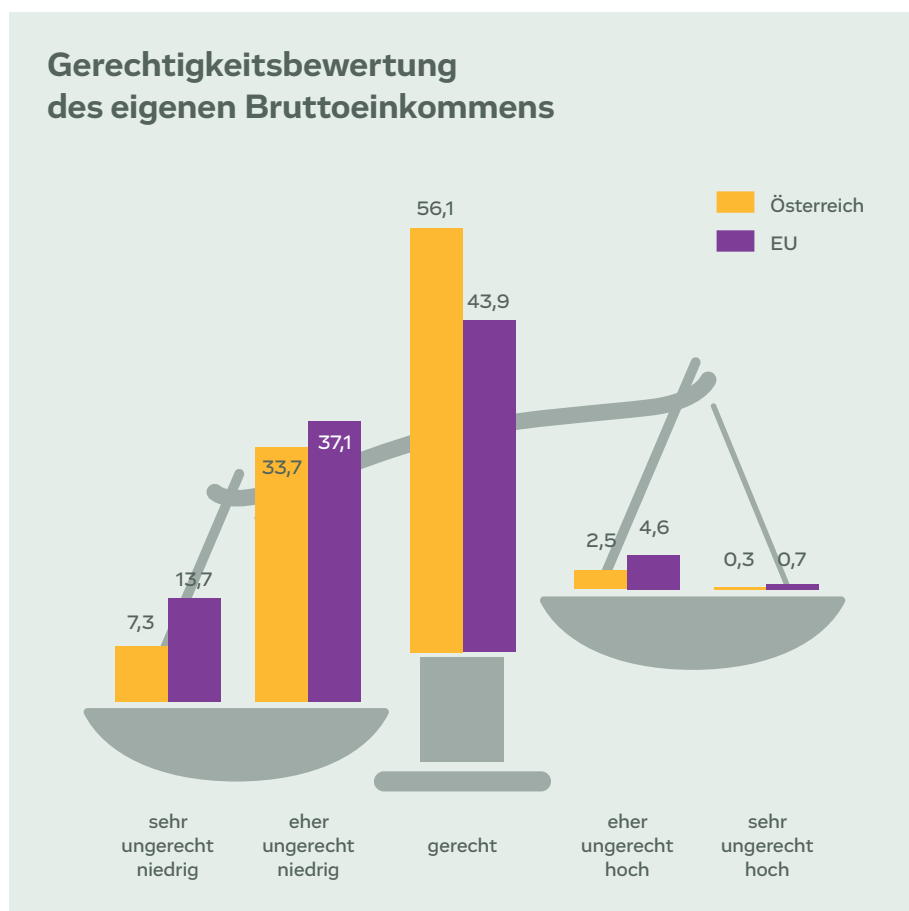


ABBILDUNG 6
Das eigene Einkommen finden 56% der ÖsterreicherInnen fair, aber 41% ungerecht niedrig.

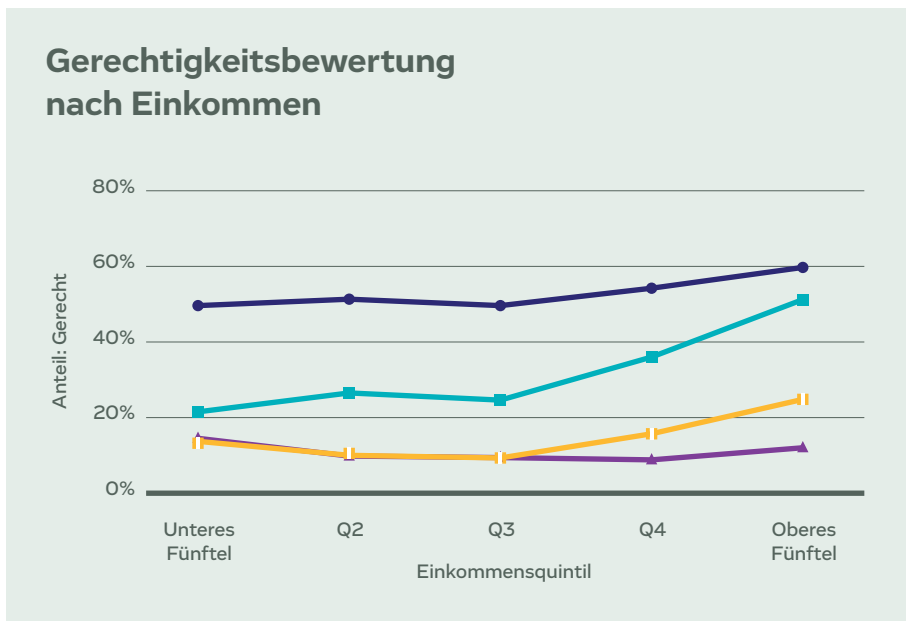


ABBILDUNG 7

Die Einkommen der untersten 10% sowie die Vermögensverteilung halten die wenigsten ÖsterreicherInnen für gerecht.

- Eigenes Einkommen
- ▲ Einkommen unterste 10%
- Einkommen oberste 10%
- ▬ Vermögensverteilung

30%, die dieser Aussage sehr zustimmen. Ein ähnliches Bild ergibt sich auch bei der Einschätzung, ob man eine faire Chance hatte, die Ausbildung zu absolvieren, die man wollte. Hier stimmen in Österreich 42% sehr zu, EU-weit sind es nur 32%.

Gleichzeitig gibt aber auch das hohe Ausmaß derjenigen, die sich ungerechterweise zu schlecht bezahlt fühlen, zu denken: 41% fühlen sich ungerechterweise zu schlecht bezahlt. Hier zeigt sich, dass das tatsächliche Einkommen eine wichtige Rolle bei der Bewertung spielt (Abbildung 7): So bewerteten Personen mit hohem Einkommen ihre Bezahlung, wie zu erwarten, viel häufiger als gerecht (rund 60% im obersten Einkommensfünftel gegenüber rund 49% im untersten Einkommensfünftel). 47% der Personen im untersten Einkommensfünftel fühlen sich hingegen (eher) ungerecht schlecht bezahlt; im obersten Fünftel sind dies nur rund 30%. Auch hier zeigt sich wiederum, dass die eigene soziale Lage einen Unterschied in der Bewertung macht: Je weiter unten man auf der Einkommensleiter steht, umso mehr Kritik wird am eigenen Einkommen geübt.

Was ist gerecht? Verteilung nach Leistung, Bedarf, Status oder Gleichheit?

In Österreich spricht sich die überwiegende Mehrheit der Befragten (rund 90%) für das Leistungsprinzip und zu 81% für das Bedarfsprinzip aus. Das Gleichheitsprinzip befürworten 54% der Befragten. Deutlich geringer, aber im EU-Vergleich (12%) immer noch erstaunlich hoch, ist die Zustimmung zum Statusprinzip mit 18% (Abbildung 8).

Mit dieser starken Befürwortung von Leistungs- und Bedarfsprinzip, der ambivalenten Betonung des Gleichheitsprinzips und der Ablehnung des Statusprinzips ist Österreich nicht allein, sondern liegt ganz im europäischen Trend: Das Leistungsprinzip unterstützen in der EU 79% und das Bedarfsprinzip 75% der Befragten. Das Gleichheitsprinzip findet eine ähnliche Zustimmung wie in Österreich mit rund 53% und das Statusprinzip eben nur 12% Zustimmung.

ABBILDUNG 8

Das Leistungs- und Bedarfsprinzip findet in Österreich große Zustimmung. Das Statusprinzip unterstützen nur wenige.



Diese Mischung macht inhaltlich auch durchaus Sinn: So sollen nach Ansicht der Befragten alle Personen genug bekommen, um die eigenen grundlegenden Bedürfnisse zu stillen. Wer aber mehr leistet, soll auch mehr haben. Auch die starke Ablehnung des Statusprinzips ist normativ im Einklang mit der starken Betonung des Leistungsprinzips: Nicht die soziale Herkunft soll über den eigenen Status entscheiden, sondern die eigene Leistung.

In der Realität greift das von den Befragten favorisierte Leistungsprinzip bei hohen Einkommen und Vermögen allerdings nur bedingt. Dies zeigt etwa die nicht nur durch Leistungsunterschiede erklärable Kluft zwischen ManagerInnengehältern und dem Durchschnittseinkommen mit einem Verhältnis von 1:57 (AK Wien 2020) oder die Tatsache, dass hohe Vermögen zu einem guten Teil geerbt und nicht selbst erarbeitet werden (Leitner 2018). Die oben beschriebene starke gesamtgesellschaftliche Bewertung der Einkommens- und Vermögensverteilung als ungerecht, ist daher wohl auch als ein Spiegel des Fehlens der von den befragten ÖsterreicherInnen präferierten Prinzipien der Leistungs- und Bedarfsgerechtigkeit zu interpretieren.

Interessanterweise ist auch die Zustimmung zu den unterschiedlichen Gerechtigkeitsprinzipien abhängig vom eigenen Einkommen (Abbildung 9). Während sich bei der Zustimmung zum Bedarfsprinzip kaum Unterschiede zeigen, werden diese bei den anderen Prinzipien sofort augenscheinlich: So stimmen Personen im untersten Einkommensfünftel mit 62% eher dem Gleichheitsprinzip zu als Personen im obersten Fünftel mit nur rund 42%. Demgegenüber stoßen das Leistungs- und das Statusprinzip auf größere Zustimmung bei den besser Bezahlten: Rund 95% stimmen im obersten Fünftel dem Leistungsprinzip zu,

Die gesamtgesellschaftliche Bewertung der Einkommens- und Vermögensverteilung als ungerecht ist auch als Spiegel einer mangelnden Leistungs- und Bedarfsgerechtigkeit zu interpretieren.

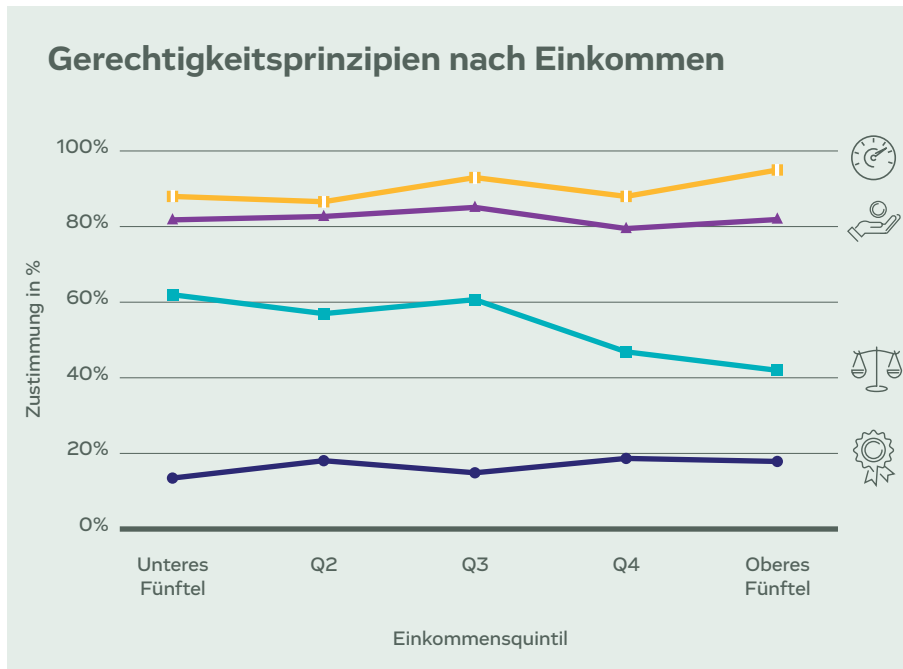


ABBILDUNG 9

Das Leistungs- und Bedarfsprinzip findet quer über die Verteilung große Zustimmung. Das Gleichheitsprinzip wird bei kleineren Einkommen stärker unterstützt als oben.

im untersten Fünftel sind es 88%. Spannend ist auch das Ergebnis beim Statusprinzip: Hier stimmen rund 17% im obersten Fünftel zu, bei den schlechter Bezahlten sind dies nur rund 13%. Dieses Ergebnis deckt sich mit anderen Studien (Hartmann 2007, Quinz 2020), die zeigen konnten, dass sich ein Teil der „Eliten“ durchaus darüber bewusst ist, auf welchem Weg – etwa über die eigene soziale Herkunft – sie ihren sozialen Status erlangt haben und diesen nun legitimieren wollen.

Konsequenzen von sozialer Ungleichheit und subjektivem Ungerechtigkeitsempfinden für die Demokratie

Zahlreiche Studien weisen darauf hin, dass die zunehmende soziale Ungleichheit sich nicht nur auf die Einstellungen und Gerechtigkeitswahrnehmungen der Menschen auswirkt, sondern auch gravierende Konsequenzen für die Demokratie hat. Es besteht die Gefahr, dass das Gleichheitsversprechen liberaler Demokratien verletzt wird, da nicht (mehr) alle sozialen Gruppen dieselbe Chance auf Berücksichtigung ihrer Anliegen im politischen Prozess haben. Darauf weist etwa der bekannte Verteilungsforscher Thomas Piketty (2020) hin, indem er empirisch zeigt, dass einkommensschwächere bzw. formal gering qualifiziertere Gruppen seit den 1990er-Jahren zunehmend von der Politik enttäuscht sind und gar nicht mehr wählen gehen.

Laut der Sozialforscherin Martina Zandonella (2020) gehen auch in Österreich einkommensschwache Gruppen viel seltener zur Wahl als einkommensstarke Gruppen. So verzichten im ökonomisch stärksten Drittel 17 Prozent auf ihr Wahlrecht, im ökonomisch schwächsten Drittel gehen aber satte 41 Prozent nicht zur Wahlurne. Eine Untersuchung von Ertl et al. (2020), die ebenfalls auf Basis des ESS durchgeführt wurde, zeigt weiters, dass Nicht-Wählen in Österreich eine Klassendimension hat: Während die obere und untere Dienstklasse mit über 86 Prozent bei der zum Erhebungszeitpunkt letzten Nationalratswahl (2017) teilgenommen hat, waren es bei den unqualifiziert manuell Arbeitenden

Laut der Sozialforscherin Martina Zandonella gehen auch in Österreich einkommensschwache Gruppen viel seltener zur Wahl als einkommensstarke Gruppen. So verzichten im ökonomisch stärksten Drittel 17 Prozent auf ihr Wahlrecht, im ökonomisch schwächsten Drittel gehen aber satte 41 Prozent nicht zur Wahlurne.

Die sozialen Unterschiede beim Wahlverhalten schreiben sich auch in den politischen Entscheidungen fort. Die Präferenzen und Wünsche aktiver WählerInnen werden in der Regel systematisch stärker berücksichtigt als die der Nicht-WählerInnen, was die soziale Ungleichheit weiter verstärkt.

um rund 10 Prozentpunkte weniger (rund 76 Prozent). Arbeitslose gehen am seltensten zur Wahl: Nur rund die Hälfte (53 Prozent) gibt an, an der letzten Nationalratswahl teilgenommen zu haben. Dabei ist die Möglichkeit, überhaupt zur Wahl gehen zu können, im ESS über die Klassenlagen hinweg recht ähnlich verteilt. Innerhalb jeder Klassenlage war es 3 bis 6 Prozent nicht möglich, zur Wahl zu gehen (z. B. wegen fehlender StaatsbürgerInnenenschaft). Ein Grund für die ungleiche politische Partizipation kann daher sein, dass sich vor allem untere Klassenlagen von der Politik vernachlässigt fühlen. Während nur rund 8 Prozent der Angehörigen der oberen Dienstklasse das Gefühl haben, nicht „gehört“ zu werden, sind es bei den unqualifizierten manuell Arbeitenden und Arbeitslosen weit mehr als 20 Prozent.

Ein hohes Ungerechtigkeitsempfinden bei Fragen der Einkommens- und Vermögensverteilung und der Einschätzung des eigenen Einkommens kann diese Tendenzen weiter befördern. Im österreichischen ESS-Datensatz gibt es daher auch bereits einige politisch Frustrierte: So sind 30% der Meinung, dass das politische System nicht allen die gleiche Chance ermöglicht daran teilzunehmen, weitere 44% stimmen dieser Aussage teilweise zu. Weitere 36% sind der Ansicht, dass die Regierung nicht die Interessen aller BürgerInnen ernst nimmt. Hinzu kommen 49%, die teilweise dieser Ansicht sind.

Die sozialen Unterschiede beim Wahlverhalten schreiben sich auch in den politischen Entscheidungen fort. Die Präferenzen und Wünsche aktiver WählerInnen werden in der Regel systematisch stärker berücksichtigt als die der Nicht-WählerInnen, was die soziale Ungleichheit weiter verstärkt, wie u.a. die Arbeiten von deutschen PolitikwissenschaftlerInnen zeigen (Elsässer et al. 2017): Da die eigene Einkommenssituation einen Einfluss darauf hat, wie politische Probleme wahrgenommen und welche Reformen als sinnvoll erachtet werden, führt eine soziale Schieflage im Wahlverhalten auch zu einer sozialen Schieflage bei den konkret getroffenen politischen Entscheidungen und Reformen. Gerade in der Wirtschafts- und Sozialpolitik sind die unterschiedlichen Einstellungen je nach sozialem Status besonders evident: Je weiter unten auf der sozialen Leiter man steht, umso weniger stark befürwortet man etwa Liberalisierung und umso stärker unterstützt man Formen kollektiver Sicherheit (Elsässer et al. 2017, Mayer et al. 2020). Durch die sozial ungleiche Responsivität werden in politischen Entscheidungen dann aber eher marktwirtschaftliche Interessen bedient, als ungleichheitsreduzierende Maßnahmen verstärkt.

Wirtschaftspolitische Schlussfolgerungen

Viele Menschen in Österreich empfinden die Spreizung zwischen oben und unten mittlerweile als zu groß: Die untersten Einkommen werden im Allgemeinen als zu niedrig, die obersten Einkommen im Allgemeinen als zu hoch erachtet. Besonders die Vermögenskonzentration erachtet die überwiegende Mehrheit als ungerecht. Die eigene soziale Lage beeinflusst zwar die Wahrnehmung sozialer Ungleichheiten, so bewerten Personen mit hohem Einkommen hohe Einkommen anderer Personen eher als gerecht. Allerdings ist der gesellschaftliche Grundkonsens, der sich in einer Kritik an zu hoher Einkommens- und Vermögensungleichheit ausdrückt, doch recht deutlich ausgeprägt.

Diese gesamtgesellschaftliche Bewertung wird teilweise auch bereits auf die eigene soziale Lage bezogen: Zwar hat noch rund die Hälfte der Befragten in

Österreich das Gefühl, dass diese Ungleichheit einen selbst nicht so stark trifft und das eigene Einkommen fair ist. Dennoch fühlen sich bereits rund 40% zu niedrig bezahlt. Dies trifft insbesondere auf Personen mit niedrigem Einkommen zu.

Gerade in den seit der Covid19-Krise zumindest im öffentlichen Diskurs als systemrelevant anerkannten Branchen wie der Alten- und Krankenbetreuung sowie Pflege, dem Einzelhandel oder der Zustellbranche ist die Bezahlung der ArbeitnehmerInnen oft sehr gering und die Arbeitsbedingungen der oft weiblichen und migrantischen „HeldInnen der Arbeit“ hart. Dort, wo der Frauenanteil besonders hoch ist, sind auch die Löhne mit teilweise unter 1.500€ besonders niedrig. Viele dieser ArbeitnehmerInnen können von ihrem Einkommen kaum leben (Pirklbauer 2020).

Nicht nur hier zeigt sich, dass die von den befragten ÖsterreicherInnen präferierten Prinzipien der Leistungs- und Bedarfsgerechtigkeit nur in Teilen der sozialen Realität entsprechen. Auch die Kluft zwischen ManagerInnengehältern und dem Durchschnittseinkommen lässt die Frage offen, inwieweit das Leistungsprinzip bei Fragen der Bezahlung noch zur Anwendung kommt (AK Wien 2020).

Gleichzeitig ist die Vermögensungleichheit in Österreich besonders hoch: Das oberste 1% besitzt rund 40% des gesamten Vermögens. Die Forschung weist aber darauf hin, dass gerade bei der Vermögensungleichheit das Erbe und damit die soziale Herkunft, das heißt, das in Österreich am meisten abgelehnte Gerechtigkeitsprinzip – jenes des Statuserhalts – eine zentrale Rolle spielt (Leitner 2018).

Damit mehr ÖsterreicherInnen sich in Zukunft gerecht bezahlt fühlen und die tatsächliche Einkommens- und Vermögensverteilung mehr den von den ÖsterreicherInnen präferierten Prinzipien der Leistungs- und Bedarfsgerechtigkeit entspricht, ist eine breite Palette an Maßnahmen notwendig:

Die progressive Besteuerung großer Vermögen und Erbschaften zur Vermeidung wachsender gesellschaftlicher Ungleichheit und deren Übertragung auf die nächsten Generationen hat mit den Arbeiten von Thomas Piketty und seiner KollegInnen weltweit an Zuspruch gewonnen (Piketty 2014, 2020, Saez/Zucman 2019). Die von den international anerkannten ForscherInnen vorgeschlagenen Steuermodelle sollen mit hohen Steuersätzen auf sehr große Vermögen den Überreichtum und dessen negative gesellschaftliche Begleiterscheinungen verhindern. Auch die Besteuerung von leistungslosen Vermögenseinkommen muss in diese Überlegungen einbezogen werden, da diese meist deutlich niedriger als Leistungseinkommen aus Arbeitstätigkeit besteuert werden.

Die Beschränkung sehr hoher Arbeitseinkommen, meist jene von ManagerInnen, wird angesichts des in Relation zu den Löhnen besonders starken Anstiegs relevanter. Hier ist die innerbetriebliche Einkommenspolitik gefordert, doch auch das Steuersystem kann einen Beitrag leisten: Etwa indem besonders hohe ManagerInnengehälter im Rahmen der Gewinnsteuerermittlung nicht abzugsfähig sind oder der Spitzensteuersatz der Einkommensteuer auf Jahreseinkommen von über 1 Mio € markant angehoben wird.

Das Ungerechtigkeitsempfinden der Bevölkerung bei sehr hohen Einkommen und bei großen Vermögensunterschieden spiegelt sich jedenfalls auch in Befragungen über die Steuerpräferenzen. Zahlreiche Umfragen in Medien haben in

Zahlreiche Umfragen in Medien haben in der Vergangenheit satte Mehrheiten in Österreich für Steuern auf hohe Vermögen gezeigt. Diese wurden in jüngsten Umfragen während der Corona-Krise bestätigt.

der Vergangenheit satte Mehrheiten in Österreich für Steuern auf hohe Vermögen gezeigt (Rehm/Schnitzer 2018). Diese wurden in jüngsten Umfragen während der Corona-Krise bestätigt. Im Rahmen des Austrian Corona Panels sprachen sich etwa zwei Drittel der Befragten für eine deutlich höhere Besteuerung großer Vermögen aus (Kalleitner/Schmitt 2020). Dass diesen Wünschen der Bevölkerung in der politischen Praxis nicht entsprochen wird, liegt auch in der engen Verflechtung von Vermögen und Macht (Rehm/Schnitzer 2015a, 2015b). So werden auch in Österreich große Geldsummen von Vermögenden mobilisiert, um sich vorteilhafte wirtschaftliche Rahmenbedingungen zu schaffen. Die engen Kontakte zwischen gewählten, politischen AkteurInnen und zielbewussten, reichen Privatpersonen vereiteln eine gleichberechtigte politische Teilhabe für alle und gefährden somit die Demokratie. Diese Einflussnahme der Reichsten durch Lobbying, Parteispenden, Finanzierung von Denkfabriken und über andere Kanäle gilt es lückenlos offenzulegen und zu verhindern (Schlögl/Plehwe 2015).

Am anderen Ende der Einkommensverteilung stellt in Österreich die kollektivvertragliche Mindestlohnpolitik, die 98% der unselbständig Beschäftigten erfasst, ein taugliches Instrument für mehr Gerechtigkeit dar. Mit Hilfe der Mindestlohnneinigungen (zuletzt 1.500,- brutto 14 Mal im Jahr, aktuelle Forderung 1.700,-) ist es in der Vergangenheit gelungen, besonders niedrige Einkommen überproportional anzuheben. Besonders wichtig für die Anhebung niedriger Arbeitseinkommen sind die Stabilisierung der Beschäftigungsverhältnisse und die allgemeine Beschäftigungspolitik. Unterbrochene Erwerbskarrieren und geringe Anzahl von Arbeitsstunden bilden die wichtigsten Determinanten des Niedriglohnssektors. Vollbeschäftigung bzw. ein leichter allgemeiner Arbeitskräftemangel verbessern die Arbeitsmarktchancen für BezieherInnen niedriger Einkommen stark, weil sie diesen ermöglichen, ihre Arbeitszeit auszuweiten oder in besser bezahlte Jobs zu wechseln. Oft sind Frauen überproportional von niedrigen Einkommen betroffen. Hier ist über die genannten Instrumente hinaus hohe Lohntransparenz, vor allem aber auch eine gerechtere Verteilung der unbezahlten Arbeit hilfreich, die wiederum eine gerechtere Verteilung der bezahlten Arbeit ermöglicht. Deshalb gilt es, soziale Dienstleistungen wie Kindergärten, Ganztagschulen, mobile oder stationäre Pflege auszubauen, was auch neue Beschäftigungschancen eröffnet.

Der Ausbau sozialer Dienstleistungen bildet das wichtigste Element notwendiger Verbesserungen im Wohlfahrtsstaat. Besonders dringlich sind in Österreich unter dem Eindruck des Bedarfsprinzips wie des Gleichheitsprinzips quantitative und qualitative Verbesserungen in der Kinderbetreuung und der Pflege. Sie garantieren eine gute Versorgung unabhängig von der individuellen ökonomischen Lage zu jenen Zeiten, in denen Menschen besonders schutzbedürftig sind, am Anfang und am Ende des Lebens.

Literatur

- Adriaans, Jule/Eisnecker, Philipp/Liebig, Stefan (2019):** Gerechtigkeit im europäischen Vergleich: Verteilung nach Bedarf und Leistung in Deutschland besonders befürwortet. DIW Wochenbericht 45/2019.
- AK Wien (2020):** Vorstandsvergütung in den ATX Unternehmen. Gehälter-Ranking und Vergütungspolitik nach AktRÄG 2019. Wien: AK Wien.
- Altzinger, Wilfried/Moser, Mathias/Humer, Stefan (2017):** Entwicklung und Verteilung der Einkommen. In: Sozialbericht des Sozialministeriums. Sozialpolitische Entwicklungen und Maßnahmen 2015-16, Kapitel 13: 227-268.
- Becker, Rolf/Hajdar, Andreas (2011):** Meritokratie – Zur gesellschaftlichen Legitimation ungleicher Bildungs-, Erwerbs- und Einkommenschancen in modernen Gesellschaften. In: Becker, Rolf (Hrsg.): Lehrbuch der Bildungssoziologie. Wiesbaden: VS Springer: 37-62.
- Dimmel, Nikolaus/Hofmann, Julia/Schürz, Martin/Schenk, Martin (Hrsg.) (2017):** Handbuch Reichtum. Neue Erkenntnisse aus der Ungleichheitsforschung. Innsbruck: Studienverlag.
- Elsässer, Lea/Hense, Svenja/Schäfer, Armin (2017):** „Dem Deutschen Volke“? Die ungleiche Responsivität des Bundestags. In: Zeitschrift für Politikwissenschaft 27: 161-180.
- Ertl, Michael/Hofmann, Julia/Schnetzler, Matthias (2020):** NichtwählerInnen – eine Frage der Klasse. In: <https://awblog.at/nichtwaehlerinnen-eine-frage-der-klasse/> (09.07.2020).
- Fessler, Pirmin/Schürz, Martin (2018):** Private Wealth Across European Countries: The Role of Income, Inheritance and the Welfare State. In: Journal of Human Development and Capabilities 19 (4): 521-549.
- Gerhartinger Philipp/Haunschmid, Philipp/Tamesberger, Dennis (2018):** Sieben Thesen zur Lohnentwicklung in Österreich. In: Wirtschaft und Gesellschaft 44 (1): 73-103.
- Guger Alois/Marterbauer Markus (2007):** Langfristige Tendenzen der Einkommensverteilung in Österreich. Wien: WIFO-Working Paper 307.
- Gösta Esping-Andersen (1990):** The Three Worlds of Welfare Capitalism. Cambridge: Cambridge University Press.
- Hartmann, Michael (2007):** Eliten und Macht in Europa. Ein internationaler Vergleich. Frankfurt a.M.: Campus Verlag.
- Hajdar, Andreas (2008):** Meritokratie als Legitimationsprinzip. Die Entwicklung der Akzeptanz sozialer Ungleichheit im Zuge der Bildungsexpansion. Wiesbaden: VS Springer.
- Hülle, Sebastian, Liebig, Steffen, May, Meike (2018):** Measuring Attitudes Toward Distributive Justice: The Basic Social Justice Orientations Scale. In: Social Indicators Research 136 (2): 663-692.
- Kalleitner, Fabian/Schmitt, Laila (2020):** Neue Steuern zur Finanzierung der Kosten der Krise? Steuerpräferenzen in Zeiten von Corona. <https://viecer.univie.ac.at/coronapanel/corona-blog/corona-blog-beitraege/blog28/> (16.07.2020).
- Leitner, Sebastian (2018):** Factors driving wealth inequality in European countries. In: Materialien aus Wirtschaft und Gesellschaft (AK Wien) 177 (online abrufbar unter: <https://emedien.arbeiterkammer.at/viewer/ppnresolver?id=AC15105971,23.06.2020>).
- Mayer, Thomas/Brait, Romana/Hofmann, Julia (2020):** Was ist uns der Sozialstaat wert? In: <https://awblog.at/was-ist-uns-der-sozialstaat-wert/> (09.07.2020).
- Melchior, Josef/Schürz, Martin (2015):** Gerechtigkeitsurteile und Vermögensverteilung in Österreich – Wahrnehmung der Realität und Realität der Wahrnehmung von Ungleichheit. In: Wirtschaft und Gesellschaft 41 (2): 199-234.
- Piketty, Thomas (2014):** Capital in the Twenty-First Century. Harvard: Harvard University Press.
- Piketty, Thomas (2020):** Kapital und Ideologie. München: C.H. Beck.
- Pirklbauer, Sybille (2020):** Gerechtigkeit für die wahren Leistungsträger*innen. In: <https://awblog.at/gerechtigkeit-fuer-die-wahren-leistungstraegerinnen/> (13.07.2020).
- Quinz, Hannah (2020):** Subjektive Wahrnehmung und Legitimierungsstrategien von Vermögenserblinnen. In: Wirtschaft und Gesellschaft 46 (1): 63-93.
- Rehm, Miriam/Schnetzler, Matthias (2015a):** Vermögenskonzentration und Macht. Der blinde Fleck der Mainstream-Ökonomie. In: Kurswechsel 2 (2015): 69-79.
- Rehm, Miriam/Schnetzler, Matthias (2015b):** Property and power: lessons from Piketty and new insights from the HFCS. In: European Journal of Economics and Economic Policies: Intervention 12 (2): 204-219.
- Rehm, Miriam/Schnetzler, Matthias (2018):** Klare Mehrheit für eine Vermögenssteuer – kleine Elite dagegen. <https://awblog.at/mehrheit-fuer-vermoegenssteuer/>
- Rocha-Akis, Silvia et al. (2019):** Umverteilung durch den Staat in Österreich 2015. Wien: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung.
- Saez, Emmanuel/Zucman, Gabriel (2019):** The Triumph of Injustice: How the Rich Dodge Taxes and How to Make Them Pay. New York City: W.W. Norton & Company.
- Schlögl, Matthias/Plehwe, Dieter (2015):** Schlagseite programmiert. Eine neue Generation parteiischer Think Tanks in Österreich. In: Kurswechsel 2 (2015): 28-43.
- Weiss, Hilde/Hofmann, Julia (2016):** Reichtum – Legitimation und Kritik. Der Einfluss von Klassenlagen, Vermögen und subjektiven Einschätzungen auf Einstellungen zum Reichtum in Österreich. In: Materialien aus Wirtschaft und Gesellschaft (AK Wien) 153 (online abrufbar unter: <https://emedien.arbeiterkammer.at/viewer/fulltext/AC13306787/1/>, 23.06.2020)
- Zandonella, Martina (2020):** Ungleichheit und Demokratie: Was ökonomische Ungleichheit mit dem Vertrauen in die Demokratie zu tun hat. In: http://www.armutskonferenz.at/files/sora_ungleichheit-demokratie_armutskonferenz_20200304.pdf (09.07.2020).

